



Individualbesteuerung

Die Frage, ob alle Personen in der Schweiz unabhängig vom Zivilstand einzeln besteuert werden sollen, wird seit Jahren diskutiert. Der Nationalrat hat nun eine Motion deutlich angenommen, die Gesetzesgrundlagen für die Einzelbesteuerung verlangt. Mit dem Vorstoss von Christa Markwalder (FDP/BE) verlangen über 100 Ratsmitglieder einen raschen Wechsel weg von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur Individualbesteuerung. Der Nationalrat nahm die Motion am Montag mit 110 zu 76 Stimmen an. Mit Nein stimmten die SVP- und fast die ganze Mitte-Fraktion. Die Motion geht an den Ständerat.

Schweizergarde

Mitglieder der Päpstlichen Schweizergarde sollen auch während ihrer Zeit in Rom Wehrpflichtersatzabgabe zahlen müssen. Der Nationalrat sagte mit 89 zu 86 Stimmen und fünf Enthaltungen überraschend und knapp Nein zu einer Gesetzesänderung, die für die Gardisten eine Ausnahme von der Abgabepflicht gebracht hätte. Die Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Kammern befürworteten diese Ausnahme. Den Anstoss zur Vorlage gab Jean-Luc Addor (SVP/VS) mit einer parlamentarischen Initiative. Die Fraktionen von SP, Grünen und GLP hatten nicht auf die Vorlage eintreten wollen und argumentiert, dass sie dem Grundsatz der Gleichbehandlung zuwiderlaufe. Nun ist der Ständerat am Zug.

Kriminalität

Schwerste Verbrechen, für die lebenslängliche Freiheitsstrafen ausgesprochen werden, sollen nicht mehr verjähren. Der Nationalrat hat am Dienstag eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen knapp angenommen, mit 90 zu 89 Stimmen und bei 10 Enthaltungen. Die Initiative fordert, dass die heute 30-jährige Verjährungsfrist für Verbrechen mit lebenslangen Strafen - zum Beispiel Mord - aufgehoben wird und diese unverjährbar sein sollen. Nach dem Ja ist wieder der Ständerat am Zug, der die Standesinitiative vor gut einem Jahr mit knappen Mehr abgelehnt hatte.

Chemikalien

Menschen und Umwelt sollen besser vor möglichen negativen Auswirkungen von Chemikalien und vor Industrieunfällen geschützt werden. Der Nationalrat ist einverstanden, zwei entsprechende internationale Übereinkommen zu ratifizieren. Diese waren im Rat grundsätzlich unbestritten. Einzig die SVP stimmte geschlossen dagegen. Ihr Vertreter Yves Nydegger (GE) sagte, es bestehe keine Not, den Übereinkommen zuzustimmen, die Schweiz habe bereits einen genügenden Schutz. Für die Übernahme ist in der Schweiz keine Gesetzesanpassung nötig. Über die Ratifizierung wird nun noch der Ständerat befinden.

Unkrautvernichter

Das Parlament will Glyphosat nicht verbieten, und auch von einem Ausstiegsplan aus der Glyphosat-Nutzung will es nichts wissen. Der Nationalrat hat zwei Standesinitiativen der Kantone Genf und Jura abgelehnt; der Ständerat hatte schon zuvor Nein gesagt. Die grosse Kammer folgte der Mehrheit der vorberatenden Kommission. Diese hatte festgehalten, dass Glyphosat bezüglich Toxizität ungefährlich sei. Viele wissenschaftliche Organisationen sowie eine Studie des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) bestätigten, dass Glyphosat-Rückstände kein Krebsrisiko darstellten, so die Mehrheit.



Vereidigung

Der Nationalrat hat ein neues Mitglied. Der Walliser Sozialdemokrat Emmanuel Amoos aus Siders hat das Amtsgelübde abgelegt. Er ist 40-jährig und nimmt zunächst Einsitz in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Amoos rutscht für Mathias Reynard nach, der Ende März in die Walliser Kantonsregierung gewählt wurde. Der 33-jährige Reynard war während mehr als neun Jahren Mitglied der grossen Kammer. Gewählt wurde er seinerzeit als jüngster Nationalrat. Schon am Montag hatte der Nationalrat ihn mit Applaus verabschiedet.

Strafrecht

Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Personal von Blaulicht-Organisationen kommt Randalierer künftig teurer zu stehen. Der Nationalrat hat am Mittwoch eine Verschärfung der Strafen beschlossen. Die Mindeststrafe für Angriffe auf Personen von Polizei, Feuerwehr und Blaulicht-Organisationen soll demnach neu bei drei Monaten Gefängnis liegen, die Höchststrafe bei drei Jahren. Geldstrafen wären nur noch bei Gewalt gegen Sachen möglich. Auch die Strafen gegen Urheber von schwerer Körperverletzung sollen künftig höher ausfallen. Der Nationalrat hat als Zweitrat der entsprechenden Harmonisierung der Strafrahmen in der Schlussabstimmung mit 134 zu 48 Stimmen zugestimmt. Gegen das Paket sprachen sich nur die Ratsmitglieder der SVP aus, weil ihnen die Verschärfungen zu wenig weit gingen. Das Gesetz geht zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat.

Übrigens: Solche Anträge aus den Reihen der SVP-Fraktion hatten im Parlament dank einer links-grünen Mehrheit keine Chance:

^{1bis} (neu) Das Gericht verweist den Ausländer, der wegen einer der folgenden strafbaren Handlungen verurteilt wird, unabhängig von der Höhe der Strafe dauerhaft aus der Schweiz:

- a. vorsätzliche Tötung (Art. 111), Mord (Art. 112), Totschlag (Art. 113);
- b. schwere Körperverletzung (Art. 122), Verstümmelung weiblicher Genitalien (Art. 124 Abs. 1);
- c. Zwangsheirat, erzwungene eingetragene Partnerschaft (Art. 181a), Menschenhandel (Art. 182), Freiheitsberaubung und Entführung (Art. 183), qualifizierte Freiheitsberaubung und Entführung (Art. 184), Geiselnahme (Art. 185);
- d. sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187 Ziff. 1), sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191);
- e. Brandstiftung (Art. 221 Abs. 1 und 2), vorsätzliche Verursachung einer Explosion (Art. 223 Ziff. 1 Abs. 1), Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht (Art. 224 Abs. 1), Herstellen, Verbergen, Weiterschaffen von Sprengstoffen und giftigen Gasen (Art. 226), Gefährdung durch Kernenergie, Radioaktivität und ionisierende Strahlen (Art. 226bis), strafbare Vorbereitungshandlungen (Art. 226ter), vorsätzliches Verursachen einer Überschwemmung oder eines Einsturzes (Art. 227 Ziff. 1 Abs. 1), vorsätzliche Beschädigung von elektrischen Anlagen, Wasserbauten und Schutzvorrichtungen (Art. 228 Ziff. 1 Abs. 1);
- f. vorsätzliche Gefährdung durch gentechnisch veränderte oder pathogene Organismen (Art. 230bis Abs. 1), vorsätzliches Verbreiten menschlicher Krankheiten (Art. 231 Ziff. 1), vorsätzliche Trinkwasserverunreinigung (Art. 234 Abs. 1);
- g. strafbare Vorbereitungshandlungen (Art. 260bis Abs. 1 und 3), Beteiligung an oder Unterstützung einer kriminellen Organisation (Art. 260ter), Gefährdung der

18.043 – N2-01

e-parl 01.06.2021 12:11

- h. öffentlichen Sicherheit mit Waffen (Art. 260quater), Finanzierung des Terrorismus (Art. 260quinquies);
- h. Völkermord (Art. 264).



Parteispenden I

Der Nationalrat hat bei seiner letzten Beratungsrunde daran festgehalten, dass die neuen Transparenzregeln bei Parteispenden auch für Mitglieder des Ständerats gelten sollen. Der in den Kernpunkten bereinigte Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative geht nun in die Einigungskonferenz. Die grosse Kammer stimmte mit 144 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung für eine Offenlegungspflicht für Ständerätinnen und Ständeräte. Die kleine Kammer hatte das bisher abgelehnt. Ansonsten sind die Differenzen im Bundesgesetz über die politischen Rechte ausgeräumt. Der Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative soll am Ende der Sommersession verabschiedet werden.

Parteispenden II

Wie der Bundesrat und der Ständerat will auch der Nationalrat die Initiative "Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)" Volk und Ständen zur Ablehnung empfehlen. Dieser Entscheid fiel mit 110 zu 73 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe sei einer Regelung auf Verfassungsstufe vorzuziehen, lautete der Tenor im bürgerlichen Lager. Die Initiative dürfte nach Abschluss der Session zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen werden.

Medienförderung

Die künftige Medienförderung ist weiterhin umstritten. Auch nach der neusten Beratung im Nationalrat bleiben Differenzen zwischen den Räten. Die grosse Kammer beharrt insbesondere auf einer weiteren Einschränkung des Onlineangebots der SRG. Dieses Festhalten beschloss der Rat am Donnerstag mit 115 zu 81 Stimmen. Der Ständerat will dagegen keine weiteren Einschränkungen des Onlineangebotes der SRG. Weiter hat der Nationalrat mit 99 zu 96 Stimmen knapp an der Forderung festgehalten, dass die Auswirkungen der neuen Förderung der Onlinemedien bereits nach drei Jahren einer Überprüfung unterzogen werden sollen. Der Ständerat möchte fünf Jahre warten, bevor man die Effekte der Förderung evaluiert. Die Vorlage geht mit den verbleibenden Differenzen zurück an den Ständerat.

Strassenverkehr

Lastwagen und Cars sollen künftig nur noch auf Transitstrassen durch die Schweizer Alpen fahren dürfen, wenn sie mit modernen Fahrassistenzsystemen ausgerüstet sind. Der Nationalrat begrüsst eine entsprechende Gesetzesänderung. Konkret sollen die Assistenzsysteme spätestens fünf Jahre, nachdem sie für die Erteilung der Typengenehmigung oder die Fahrzeugprüfung obligatorisch geworden sind, auf den Transitachsen im Alpengebiet vorgeschrieben sein. Angestossen hatte die Vorlage der Kanton Tessin mit einer Standesinitiative. Dagegen stimmten Vertreterinnen und Vertreter der SVP- und der FDP-Fraktion. Mit der Vorlage beschäftigt sich nun der Ständerat.

Luftfahrt I

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) soll beim Besatzungspersonal künftig jederzeit Alkoholkontrollen durchführen können. Der Nationalrat hat dieser Änderung des Luftfahrtgesetzes als Erstrat zugestimmt. Mit den Massnahmen soll die Früherkennung von psychischen und physischen Erkrankungen bei Besatzungsmitgliedern verbessert werden. Dies geschieht im Einklang mit der EU. Im revidierten Luftfahrtgesetz umgesetzt wird auch eine vom Parlament überwiesene Motion aus dem Jahr 2019. Demnach sollen Hobbypiloten im Sichtflugverkehr (VFR) nebst Englisch auch wieder in einer ortsüblichen Landessprache kommunizieren können. Die Vorlage geht an den Ständerat.



Luftfahrt II

Der Bundesrat soll eine nationale Berufspilotenlizenz mit Altersgrenze 65 ausarbeiten. Das fordert der Nationalrat - gegen den Willen der Regierung. Würde der Vorstoss umgesetzt, droht ein Konflikt mit der EU im Zusammenhang mit dem Luftverkehrsabkommen. Trotz eindringlicher Warnungen von Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga schloss sich der Rat seiner Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) an, die die Forderung einstimmig aufgestellt hatte. Von der dem Luftverkehrsabkommen mit der EU zuwiderlaufenden Entscheidung würden derzeit rund zehn Berufspiloten in der Schweiz profitieren, vor allem Angestellte von Helikopterunternehmen. Insgesamt unterliegen in der Schweiz rund 9500 Fluglizenzen der entsprechenden EU-Verordnung. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Coronavirus - Schweiz

Der öffentliche Verkehr und der Schienengüterverkehr leiden auch 2021 unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Der Nationalrat hat beschlossen, dass diese Bereiche weiterhin finanziell unterstützt werden sollen. Es hat zum einen die Forderung seiner Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) nach einem Nachtragskredit für die Unternehmen des Schienengüterverkehrs für das Jahr 2021 angenommen. Der Rat votierte zum anderen für die Anpassung respektive Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, die es dem Bund erlauben sollen, den touristischen Verkehr, den Ortsverkehr und den Fernverkehr auch im laufenden Jahr finanziell zu unterstützen. Die Vorstösse gehen an den Ständerat.

Strassenumfahrung Oberburg

Der Nationalrat will die geplante Strassenumfahrung von Oberburg im Berner Emmental mit rund 77 Millionen Franken unterstützen. Er hat dem entsprechenden Zusatzkredit zugestimmt - mit 110 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Fraktion von SP, Grünen und GLP waren dagegen. Sie wollen die Umfahrung Oberburg nicht mit Mitteln aus dem Agglomerationsfonds mitfinanzieren, weil das Kosten-Nutzen-Verhältnis immer noch schlecht sei. "Das Projekt wird nicht besser, indem man wartet und es dann einfach wieder aus der Schublade zieht", sagte Aline Trede (Grüne/BE). Die bürgerlichen Fraktionen unterstützten das Projekt einstimmig. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Bern, im Juni 2021

David Zuberbühler